

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie Ihr wahrscheinlich wisst, werden seit einiger Zeit sogenannte EU-Sammelabschiebungen durchgeführt. Die EU hat für solche Massenabschiebungen ca. 30 Millionen Euro für die Jahre 2005 und 2006 zur Verfügung gestellt. Zusammen mit der Diskussion und praktischen Vorbereitung um Flüchtlingsabfänglager außerhalb der Grenzen der EU, z.B. in Nordafrika oder in den ehemaligen Sowjetrepubliken sind diese europäischen Massenabschiebungen der Auftakt für ein weitgehend Flüchtlings- und asylfreies Europa. Die Stadt Hamburg spielt eine wichtige Rolle in der Organisierung und Durchführung dieser menschenrechtsverletzenden Praxis. Wir, verschiedene in der antirassistischen und Menschenrechtsarbeit tätigen Hamburger Gruppen, sind daher direkt mit dieser Entwicklung konfrontiert und suchen europaweit und international Bündnispartner, um den erneut gesteigerten Angriff auf die Grund- und Menschenrechte von Flüchtlingen und ImmigrantInnen zurückzuschlagen. Im Mai 2004 organisierte die Hamburger Ausländerbehörde für Deutschland die vom Flughafen Schiphol/Amsterdam (Niederlande) koordinierte Massenabschiebung von Exiloppositionellen in die Diktatur Togo und in das despotisch regierte Kamerun. Unter Geheimhaltung und mit massiver Gewaltanwendung wurden unter Aufhebung des Nachtflugverbotes 15 Menschen vom Hamburger Flughafen Fuhlsbüttel nach Amsterdam deportiert. Dort wurden gleichzeitig togolesche und kamerunische Flüchtlinge aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden gesammelt und dann im Gemeinschaftstransport mit großer Polizeibegleitung nach Westafrika geflogen. Abgeschobene berichteten später über Gewalt durch die Polizei sowie von Festnahmen und Verhören in den Zielländern.

Im September 2004 waren die Hamburger Behörden bereits einen Schritt weiter und übernahmen mit Stolz die Gesamtplanung und Durchführung einer EU-Sammelabschiebung (siehe Erklärung im Anhang).

Durch die verstärkte europäische Koordination der Abschiebepolitik, die Geheimhaltung und das Hintergehen der Öffentlichkeit durch die Behörden und Politiker und das immer schnellere Vorgehen brauchen wir eine Vernetzung zu dieser Thematik auf europäischer und internationaler Ebene. Bei den oben erwähnten Massenabschiebungen konnten erste Kontakte hergestellt werden. Um zum Einen schnell reagieren zu können und zum Anderen strategisch planen zu können, brauchen wir einen permanenten Informationsaustausch zu den EU-Sammelabschiebungen. In Deutschland beispielsweise bekommt man allenfalls über Anwälte oder Abschiebegefangene Hinweise auf die geplante Abschiebung. Oft aber wird den Anwälten die Information vorenthalten, häufig haben die Inhaftierten keinen Anwalt und zusätzlich haben die Behörden angekündigt, niemanden mehr auch nicht die Betroffenen selber vorher zu informieren.

Wir bitten alle Gruppen und Organisationen, die im Kampf gegen staatlichen Rassismus und für die Verteidigung des Rechts auf Asyl aktiv sind, diesen Aufruf an andere Euch bekannte Gruppen und Kreise weiterzuleiten. Alle, die sich an diesem Informationsaustausch beteiligen möchten, melden sich bitte mit einer ganz kurzen Selbstdarstellung und ihrer Kontaktadresse unter folgenden Adressen:

Karawanegruppe Hamburg: [free2move@nadir.org](mailto:free2move@nadir.org)

Flüchtlingsrat Hamburg: [info@fluechtlingsrat-hamburg.de](mailto:info@fluechtlingsrat-hamburg.de)

Weitere Informationen findet Ihr unter: [www.fluechtlingsrat-hamburg.de](http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de)

Mit solidarischen Grüßen

Karawane-HH u. Flüchtlingsrat-HH

**zur EU-Abschiebung vom 13.09.2004:**

**Sammelabschiebung vom Hamburger Flughafen nach Togo, Benin und  
Burkina Faso mit Großaufgebot von Polizei & BGS  
Proteste in der Abflughalle gegen die von der Ausländerbehörde  
organisierten Menschenrechtsverletzungen**

Heute morgen ab 7.30 Uhr protestierten ca. 30 Menschen in der Abflughalle des Hamburger Flughafens Fuhlsbüttel gegen die erste von Hamburger Behörden organisierte EU-Sammelabschiebung nach Afrika. Mit Transparenten, Reden, Sprechchören, einem Theaterstück und Flugblättern wurden die Passagiere und das Flughafenpersonal informiert, auf die menschenrechtswidrige Abschiebeaktion hingewiesen und zum Protest aufgefordert. Der öffentliche Bereich zwischen der BGS-Station und der Charterflughalle war heute gesperrt und von BGS-Beamten bewacht. Als Begründung wurde nur „Befehl von oben“ angegeben.

Ab 8.30 Uhr wurde auf einem von der Aussichtsterrasse einsehbaren Teil des Flughafens ein Charterflugzeug der Linie AERO FLIGHT mit den abzuschubenden Flüchtlingen "beladen". Zubringerflugzeug war eine Maschine von Lions Air. Pünktlich um 9 Uhr fuhr die AERO FLIGHT-Maschine aufs Rollfeld, wo sie um 9.10 Uhr abhob. Kurz danach verbreitete die Hamburger Innenbehörde eine Presseerklärung, in der sie mit Stolz die „hervorragende Organisation“ ihrer menschenrechtswidrigen Abschiebep Praxis präsentiert. Der Innensenator Nagel wirbt für die Fortsetzung von europaweiten Massenabschiebungen vom Hamburger Flughafen und bezeichnet die Abschiebeaktion als „Kampf gegen Kriminalität und illegale Einwanderung“ und als „beispielhaft und zukunftsweisend“. Die Zielländer sind laut Innenbehörde Benin, Togo und Burkina Faso. Belgien und die Schweiz haben sich an der Abschiebung beteiligt, insgesamt wurden angeblich 17 Menschen (zuvor war von 40- 50 die Rede) abgeschoben. Mit dem rassistischen Stereotyp „Kriminalität und illegale Einwanderung“ versucht der Innensenator die Öffentlichkeit zu manipulieren und Unterstützung für die eigenen kriminellen Praktiken zu erhalten. Gerade für Togo wird lange schon von der Exilopposition und zahlreichen Menschenrechtsorganisationen ein Abschiebestopp gefordert. Die dienstälteste Diktatur in Afrika ist bekannt für die brutale Unterdrückung der Opposition, extralegale Hinrichtungen, Folter und Massakern an der Zivilbevölkerung. Es gibt zahlreiche Belege für die Verfolgung aus Europa abgeschobener Flüchtlinge. Abschiebungen nach Burkina Faso haben die deutschen Behörden in der Vergangenheit mit selbstgemachten Dokumente und wahrscheinlich mit Bestechung von Beamten vollzogen. Nach wie vor legen weder die Innenbehörde noch die Ausländerbehörde konkretere Informationen auf den Tisch. Rechtsverstöße und illegale Praktiken sowie das Hintergehen der Öffentlichkeit sind keine Seltenheit in der Hamburger Ausländerbehörde. Häufig werden Menschen entgegen ihrer Herkunft in andere Länder abgeschoben, dies gilt insbesondere für Westafrika.

Da die Hansestadt Hamburg angekündigt hat, diesen Menschenhandel im großen Stil weiterzuführen, ist es dringend notwendig Protest und Widerstand zu verstärken. Auch die Forderung nach Offenlegung aller Vorgehensweisen und Planungen der Behörden muß massiv gestellt werden.

In der heutigen Presseerklärung der Hamburger Innenbehörde wird das Angebot für Rückfragen gemacht: Behörde für Inneres, Rainer Fallak: 0049 (0)40-428 39 22 66, Ausländerbehörde, Norbert Smekal: 0049 (0)40-428 39 27 97

Als im Vorfeld Fragen gestellt wurden, schwieg die Behörde.

Hamburg, 13.09.04